

Veruses gerade den Intelligenzkreisen der Kriegervitwen, für die sonst keine Erwerbsmöglichkeit gefunden werden könnte, ein Erwerb bietet.

Frau Emmy Freundlich weist darauf hin, daß die Gemeinde Wien auf anderen Gebieten eine ganze Reihe von Verordnungen durchgeführt habe, die über ihren gesetzlich festgelegten Wirkungsbereich hinausgehen und dürfte es ihr insolge dessen auch nicht schwer werden, auf dem Gebiete der Wohnungsinspektion ein Provisorium zu schaffen. Wenn aber die Gemeinde auf dem Standpunkte beharre, es müsse vorerst ein diesbezügliches Gesetz geschaffen werden, so schlage sie vor, beim Minister des Innern deputativ vorzusprechen.

Auch Frau Gräfin Gerta Walterskirchen erörtert die unbedingte Notwendigkeit der Einführung einer Wohnungsinspektion und gibt dem Wunsche Ausdruck, der Beruf der Wohnungsinspektorinnen möge ehestens für die Kriegervitwen erschlossen werden.

Frau Dr. Alma Seiz bespricht die Möglichkeit der Einführung einer Wohnungsinspektion als sanitätspolizeiliche Maßnahme.

Frau Helene Granitsch führt aus, daß die Regelung der Wohnungsinspektionsfrage schon deshalb dringend sei, weil der Verein der Hausbesitzer in Wien sich nunmehr intensiv mit dem gleichen Gegenstande beschäftige und die Gefahr nahe liege, daß dadurch der soziale Standpunkt der Angelegenheit verloren gehe und sich nur eine einseitige Förderung der Hausherrninteressen herauskristallisiere.

Sie stelle daher die Anträge:

1. Eine Deputation zum Minister des Innern zu entsenden, um die Erlassung einer Ministerial-, eventuell kaiserlichen Verordnung zu erwirken.

2. Den Herrn Bürgermeister zu ersuchen, die Frage der Wohnungsinspektion dadurch fördern zu wollen, daß er die Anstellung einer gewissen Anzahl von Kriegervitwen als beamtete Wohnungsinspektorinnen in Aussicht stelle.

Frau Gräfin Gerta Walterskirchen stellt den Zusatzantrag, für die Kriegervitwen schon während der Zeit des Kurses, welcher der praktischen Tätigkeit unbedingt vorangehen, müsse eine materielle Beihilfe zu gewähren.

Frau Fanni Freund-Marcus ersucht, von dem Worte „Wohnungsinspektorinnen“ Umgang zu nehmen, denn die Eigenart des Wiener stelle sich unter dem Worte „inspizieren“ eine Art unangenehmer Kontrolle vor und wäre es ihrer Ansicht nach besser, das Wort „Wohnungspflegerinnen“ zu gebrauchen.

Frau Elvira Kott führt als Beispiel die Art der Schaffung der Wohnungsinspektion in Troppau an.

Nach längerer Debatte beschließt der Zentral-Beirat, von einer Deputation zum Minister des Innern als Frauen-Hilfsaktion abzusehen und diesen Schritt den einzelnen Organisationen zu überlassen, im übrigen die in Rede stehende Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

Zum Punkte 4 der Tagesordnung: Einsetzung von Preisermittlungs- und Preiskontroll-Kommissionen für die wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel bemerkt Frau Helene Granitsch daß feltamerweise bei der Ermittlung der Preise von den Behörden stets nur die Händler und Produzenten beigezogen werden, während die Konsumenten dabei vollkommen ausgeschaltet seien.

Die Konsumentenschaft wurde bisher stets erst dann von den ermittelten Preisen in Kenntnis gesetzt, wenn diese fix und fertig aufgestellt waren. Sie beantrage daher, wie in Berlin so auch in Wien ein Preisermittlungs-Komitee mit Fach-Ausschüssen einzusetzen, in dem auch die Konsumentenschaft vertreten sei. Als Grundlage hierfür möge der im Jahre 1913 in der Handelspolitischen Kommission bereits durchberatene Antrag gelten. Es müßte also zu diesem Zwecke eine eigene konstituierende Sitzung einberufen werden und hätte der Zentral-Beirat nur den Beschluß zu fassen, daß eine derartige Sitzung abgehalten werde.

Frau Gräfin Gerta Walterskirchen unterstützt diesen Antrag auf das wärmste und gibt der Meinung Ausdruck, daß die hohen Preise auf den Märkten vielfach darauf zurückzuführen seien, daß die Grundpreise, die auf den Markttafeln angeschrieben sind, bereits zu hoch angenommen werden.

Frau Emmy Freundlich betont, daß auch in einer Plenar-Sitzung der Handelspolitischen Kommission der Beschluß gefaßt wurde, für jeden Bezirk ein eigenes Preisermittlungs-Komitee einzusetzen. In Berlin habe man dies allerdings anders organisiert, da bestehe eine Zentral-Kommission mit mehreren Unter-Kommissionen.

Frau Fanni Freund-Marcus gibt bekannt, daß vor Jahren bereits die in Rede stehende Angelegenheit weitgehend erörtert wurde und sogar ein Streit darüber entbrannte, ob eine derartige Kommission Preisermittlungs- oder Preisbestimmungs-Kommission heißen solle. Sie denke, in Kriegszeiten würde eine Preisermittlungs-Kommission genügen. Während des Krieges habe sie wiederholt die Erfahrung gemacht, daß das laufende Publikum durch die Presse gleichsam auf die Temperatur der neugeschaffenen Preise allmählich gebracht werde. Erst würden verjuchweise „ballons d'essai“ steigen gelassen, dann entwickle sich immer bestimmter die Anschauung, daß die in Aussicht genommene Preiserhöhung tatsächlich eine Kriegsnotwendigkeit sei. Die soziale Folge der steten Preiserhöhungen aber werden eine weitgehende Deklassierung der Fixbesoldeten zur Folge haben und es werde in den nächsten Monaten die Hauptaufgabe der Frauen-Hilfsaktion darin liegen, Mittel und Wege zu finden, um dieser drohenden Not des Mittelstandes vorzubeugen.

Der Zentral-Beirat beschließt einstimmig, dem Antrage von Frau Helene Granitsch Folge zu geben und ersucht Herrn Ober-Magistratsrat Dr. Dönt, dem Herrn Bürgermeister über diesen Beschluß ehestens Bericht zu erstatten.

Punkt 5 der Tagesordnung: „Einführung von Gutscheinen nach Brünner Muster“ wird nach längerer Debatte über Wunsch der Referentin vertagt.

Frau Helene Granitsch bespricht die Notwendigkeit einer Leiterinnen-Sitzung und wird über ihren Antrag beschloffen, am Donnerstag den 30. September 1915, um 10 Uhr vormittags, eine Leiterinnen-Sitzung abzuhalten. Die Tagesordnung für diese Sitzung wird in der nächsten Sitzung des Zentral-Beirates festgesetzt werden.

Frau Emmy Freundlich führt aus, daß sich auch die Frage der Arbeitsbeschaffung für die Frauen-Arbeits-Komitees immer schwieriger gestalte und bestehe die Gefahr, daß die Heim-arbeits-Ausgabestelle von den Frauen-Arbeits-Komitees losgetrennt werde, was sehr bedauerlich wäre, da auch in vielen Fällen die zur Verabreichung gelangenden Lebensmittel und Geldunterstützungen nicht ausreichen.